

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 829

Mittwoch, 14. Mai 2025

32. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Traditionellen Autoritäten fordern ein Ende der Kriminalisierung des Protestes.....	1
Huehuetenango nimmt die meisten aus den USA deportierten Rückkehrer*innen auf.....	2
Nickelabbau bedroht die Sierra Santa Cruz, Gemeinden in Livingston fordern Schutz.....	3
Waldschützer in Guatemala nach Drohungen ermordet.....	4
Neuer Angeklagter im Fall der Ermordung von Juan Gerardi vor 27 Jahren.....	4
Eine Blockade des Kongressgebäudes, aber wer steckt dahinter?.....	5
Ermittlungen gegen Nilton Rivera und Quimy de Leon von Prensa Comunitaria.....	6
Erklärung des Runden Tisches Zentralamerika zur Unterstützung der Pressefreiheit in Guatemala.....	6

Traditionellen Autoritäten fordern ein Ende der Kriminalisierung des Protestes

Guatemala, 5. Mai – Die traditionellen Autoritäten der 48 Kantone der Gemeinden Totonicapán, Achí, Tecpán und Rabinal veranstalteten einen Marsch in Guatemala-Stadt, um ihre Solidarität mit Luis Pacheco und Héctor Chaclán zu bekunden, die wegen ihrer Teilnahme am nationalen Streik 2023 kriminalisiert werden.

Während der Mobilisierung trafen die Behörden vor dem Nationalpalast ein, wo sie ein Schreiben an Präsident Bernardo Arévalo richteten, in dem sie die Absetzung von Generalstaatsanwältin Consuelo Porras durch eine Änderung des Gesetzes über die Staatsanwaltschaft forderten.

Sie bezeichneten die Leiterin der Staatsanwaltschaft als Feind der Gerechtigkeit und des sozialen Friedens im Lande. Weitere Forderungen der Behörden, die an dem Marsch teilnahmen, waren die Senkung der Gehälter der öffentlichen Bediensteten, da dies für sie eine Verhöhnung der guatemalteken Bevölkerung darstellt. „Aus dem kommunalen Herzen von Totonicapán erheben wir unsere Stimmen wie der Wind zwischen den tausendjährigen Kiefern“, sagten die traditionellen Autoritäten, während der Präsident der 48 Cantones, Juan Pablo Ajpacaja Barreno, den offenen Brief an die Staatsanwaltschaft und den Präsidenten der Republik verlas.

Die beteiligten Völker haben ihre Absicht bekundet, vereint zu bleiben, um Leben und Land zu verteidigen und weiterhin eine Änderung des Justizwesens zu fordern. „Unsere Völker sind keine Terrorist*innen, wir sind keine Bedrohung, wir sind die jahrtausendealten Wurzeln dieses Landes“, fügten die Autoritäten hinzu.

Sie fordern die Freiheit ihrer Ex-Vorstandsmitglieder

Die Mitglieder der 48 Kantone zogen durch die Strassen der Zone 1 von Guatemala-Stadt und forderten gleichzeitig lautstark die Freilassung ihrer ehemaligen Direktoren, die Zustimmung der Abgeordneten zur Reform des Abgeordnetengesetzes, um Consuelo Porras aus dem Amt zu entfernen, und dass das Recht auf Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit nicht länger als Terrorismus bezeichnet wird.

Für Bernabé García, drittes Mitglied des Verwaltungsrats der 48 Kantone, ist die Verhaftung von Luis Pacheco ein Mittel, die Stimme der indigenen Völker in Guatemala zum Schweigen zu bringen. Er fügte hinzu, dass die indigene Bevölkerung sich in die Zeit der Kolonisierung zurückgesetzt fühlt, als die fremden Kolonisatoren das Volk unterdrückten.

Heute seien es jedoch die eigenen Machthaber, die ihr eigenes Volk unterdrückten.

Während des Marsches war auch die Stimme der Frauen zu hören. Die Vizepräsidentin der 48 Kantone, Leticia Zapeta, forderte die Aufhebung des Verfahrens gegen Pacheco und Chaclán. Die Demonstration schloss ein Sit-in vor dem Kongressgebäude ein, wo sie das Gebäude mit Planen umzäunt vorfanden. Daraufhin erklärten sie, es gebe keinen Grund, Angst zu haben. Der Kongressabgeordnete Samuel Pérez kam heraus, um ihnen zuzuhören, und die Autoritäten der 48 Kantone erinnerten ihn an seine Verpflichtung gegenüber dem Volk: „Hier sind die indigenen Völker Guatemalas. Wir sind der Frieden, wir sind die Freiheit“, sagten sie.

Letzte Woche hielt Präsident Bernardo Arévalo eine gemeinsame Konferenz mit den traditionellen Autoritäten ab, um sich mit Luis Pacheco und Héctor Chaclán zu solidarisieren.

Am 2. Mai kündigten soziale, indigene, bäuerliche und städtische Organisationen aus dem ganzen Land die Bildung einer Ständigen Versammlung sozialer Organisationen als Teil einer nationalen Widerstandsstrategie an, die die Verteidigung der Demokratie, der Territorien und der traditionellen Institutionen der indigenen Völker stärken soll.

Eine neue nationale Widerstandsvereinigung wird gegründet

Verschiedene Organisationen kündigten die Gründung einer Ständigen Versammlung der sozialen Organisationen an, die mit der Ständigen Versammlung der traditionellen Autoritäten der indigenen Völker verbunden sein wird. Dieses Bündnis soll Strategien austauschen, die Wege der Mobilisierung, die die Völker ausarbeiten, begleiten und eine eigene Agenda definieren, die auf ein gutes Leben, Gerechtigkeit und Demokratie aus einer plurinationalen Perspektive ausgerichtet ist.

„Der Kampf für Demokratie kann nicht die Aufgabe einer einzelnen Organisation sein. Er liegt in der Verantwortung der gesamten Gesellschaft“, sagte Rosalina Tuyuc, die auch die Stärkung der Meinungsfreiheit und die Arbeit ethischer und unabhängiger Medien forderte. Tuyuc wies darauf hin, dass das Recht des Volkes, über seine Zukunft zu entscheiden, ebenfalls verletzt wird, wenn die Verfassung verletzt wird und Entscheidungen ausserhalb des rechtlichen Rahmens getroffen werden. „Wir brauchen Einigkeit. Wir dürfen nicht zulassen, dass ein System der Angst und des Schweigens wieder eingeführt wird“, sagte sie.

Ein Aufruf zum kollektiven Handeln und zur Verteidigung des Lebens

In mehreren Beiträgen wurde betont, dass nicht nur die politische oder institutionelle Macht auf dem Spiel stehe, sondern das Leben selbst in allen Teilen des Landes. Margarita Castro vom Zentrum für die Unterstützung der Hausangestellten in Privathäusern (CENTRACAP) warnte vor den Auswirkungen der Wirtschaftskrise, der Gewalt und dem Einsatz von Angst als politische Taktik: „Wir erleben die Unsicherheit, den Mangel an Lebensmitteln, die Vernachlässigung. Wir dürfen den Terror oder die Instrumentalisierung der Justiz nicht zur Norm werden lassen“, sagte sie. „Dies ist ein Kampf ums Leben. Und diejenigen, die diesen Prozess zu diesem Zeitpunkt am besten führen können, sind die traditionellen Autoritäten“.

Die Organisationen wiesen auch darauf hin, dass die Staatsanwaltschaft, das Verfassungsgericht und der Oberste Gerichtshof von den politischen Akteur*innen instrumentalisiert werden, um die Kooptation des Staates aufrechtzuerhalten, den politischen Wandel zu stoppen und die Kontrolle über strategisch wichtige Gebiete durch lokale Regierungen mit ähnlichen Interessen zu behalten.

Wichtigste Forderungen

Die anwesenden Organisationen und Koordinator*innen schlossen die Konferenz mit einem Aufruf an die Maya-, Garifuna-, Xinka-Völker und Mestiz*innen, sich dem Protest anzuschliessen. Sie wiesen darauf hin, dass dieser Moment Einigkeit, kollektives Handeln und die Begleitung durch die Bewohner*innen in den indigenen Territorien erfordert. Zu den zentralen Forderungen gehörten die sofortige Freilassung von Luis Pacheco, Héctor Chaclán und anderen Personen, die aus politischen Gründen inhaftiert sind, der Rücktritt von Generalstaatsanwältin Consuelo Porras, die Beendigung der Kriminalisierung und der gerichtlichen Verfolgung der traditionellen Autoritäten und der sozialen Führer*innen sowie die Achtung des Rechts auf freie Organisation, Meinungsäusserung und Selbstbestimmung der Völker. Die Konferenz bekräftigte ihre Verpflichtung, die Territorien, die Demokratie und das Leben in ihrem Umfeld weiter zu verteidigen. „Mit allen Völkern wird Guatemala aufblühen“, lautete der Slogan, mit dem die öffentliche Veranstaltung endete. (Prensa Comunitaria)

Huehuetenango nimmt die meisten aus den USA deportierten Rückkehrer*innen auf

Huehuetenango, 6. Mai - In den ersten vier Monaten des Jahres war Huehuetenango mit über 2.000 Personen das Departement, das die meisten deportierten Rückkehrer*innen aus den Vereinigten Staaten und Mexiko aufgenommen hat. Auch San Marcos und Quiché verzeichnen eine grosse Anzahl von zurückgekehrten Migrant*innen: 1.575 bzw. 1.308. Deportationen finden bereits seit mehreren Jahren statt. Trotz des einwanderungsfeindlichen Diskurses von Präsident Donald Trump und der Politik der Massenverhaftungen ist die Zahl der Rückkehrer*innen in den ersten vier Monaten des Jahres deutlich zurückgegangen und hat die niedrigsten Werte im gleichen Zeitraum der letzten fünf Jahre erreicht.



Deportationen aus den USA nach Guatemala in den ersten vier Monaten der Jahre 2020 bis 2025.

Deportierte aus den USA nach Guatemala in den ersten vier Monaten des Jahres 2025 nach Geschlecht und Altersgruppe

Laut dem Generalsekretariat für Planungen im Präsidialamt (SEGEPLAN) hat Huehuetenango einen Anteil von Armen von 81.27 %, nur übertroffen von Alta Verapaz mit einer Armutsquote von 90.3% und Quiché von 86%.

Kinder und Jugendlichen sind ebenfalls von den Abschiebungen betroffen. Das Guatemaltekeische Institut für Migration (IGM) hat in den ersten vier Monaten des Jahres 243 unbegleitete Minderjährige und 510 Minderjährige mit einem Angehörigen registriert, die abgeschoben worden sind. (Prensa Comunitaria)

Nickelabbau bedroht die Sierra Santa Cruz, Gemeinden in Livingston fordern Schutz

Livingston, 5. Mai - Vertreter*innen der 54 Gemeinden von Livingston an der guatemaltekeischen Karibikküste fordern von den staatlichen Behörden den Schutz des Naturschutzgebiets Sierra Santa Cruz, da dieses ihrer Meinung nach durch die Interessen von Bergbauunternehmen bedroht ist. Die Behörden leugnen, dass in dem Gebiet Lizenzen für die Erkundung und den Abbau von Bodenschätzen erteilt worden sind.

Die Gemeindevertreter*innen reisten am 24. April auf eigene Kosten in die Hauptstadt, um sich im Kongress mit den drei Abgeordneten aus Izabal, Edgardo Ramírez (UNE), Juan Ramón Rivas und Thelma Ramírez (beide VAMOS), sowie den Ministern für Energie und Bergbau, sowie für Umwelt zu treffen. An dem Gesprächen nahmen auch der Gouverneur des Departements Izabal, Carlos Tenas (parteilos), und der Bürgermeister der Gemeinde Livingston, Enrique Xol (CAMBIO), teil.

Bei dem Treffen wurde die sofortige Aufhebung der Bergbaulizenz für das Unternehmen Río Nickel gefordert, das in der Sierra Santa Cruz in den Gemeinden Livingston und El Estor, Izabal, sowie Chahal und Cahabón, Alta Verapaz, tätig werden will. Dieses Gebirge steht unter staatlichem Schutz und beherbergt vieler Ökosysteme des Departements. Die Gemeindemitglieder weisen darauf hin, dass der Bergbau in den Bergen jene Flüsse und Wasserquellen verseuchen würde, die die Familien in Zeiten der Trockenheit versorgen. Deshalb sagten sie: „Wir wollen keinen Bergbau und fordern die Annullierung der Lizenzen, wir wollen ein gutes Ergebnis für unser Volk“.

Obwohl die Minister für Umwelt bzw. Energie und Bergbau behaupteten, es gebe keine Lizenzen für Bergbauprojekte in Izabal, legten die Bewohner*innen Dokumente vor, die nahelegten, dass in den Jahren 2022 und 2023 während der Regierung von Alejandro Giammattei sehr wohl solche Lizenzen vergeben worden sind. Für die kommunalen Behörden sind diese Lizenzen ein Skandal und eine Verhöhnung der Bürger*innen von Livingston, weil sie diese durch eine betrügerische und diskriminierende Konsultation erreicht haben – in der Zeit, in der eine Regierung herrschte, deren Mitglieder schwerer Korruptionsverbrechen beschuldigt werden.

Im Jahr 2019 wurde eines der Nickel-Bergbauunternehmen in Izabal angezeigt, weil es angeblich Bestechungsgelder an den ehemaligen Präsidenten Giammattei gezahlt haben soll, um Bergbaulizenzen in diesem Departement zu erhalten und die Kontrolle über den Hafen Santo Tomas de Castilla zu erlangen, in dem die beiden Nickelunternehmen tätig sind. Beide Unternehmen wurden vom US-Finanzministerium durch das Magnitsky-Gesetz sanktioniert. Das berichtete die spanische Zeitung El Pais unter dem Titel „Der Präsident von Guatemala wird wegen angeblicher Bestechungsgelder von russischen Geschäftsleuten ermittelt“.

Die Frauen sagten: „Herr Minister, warum sagen Sie uns, dass es keine Bergbauunternehmen gibt, wenn es doch Gegenbeweise gibt, Beweise dafür, dass die Konsultation durchgeführt wurde. Aber eine Konsultation unter Vorspiegelung falscher Tatsachen, denn wir wurden nicht konsultiert, geschweige denn die Gemeinde“.

“Wir wollen nicht ohne Wasser leben”

Enrique Che, ein Ältester der Gemeinde Río Pita, versichert, dass sie die Sierra Santa Cruz verteidigen werden, weil sie die Heimat von Flora und Fauna ist. „Wir können ohne Strom leben, aber nicht ohne Wasser. Deshalb kämpfen wir für die Annullierung der Lizenz, denn wir wollen nicht, dass ein Bergbauunternehmen unseren Berg zerstört, wie es

in El Estor geschieht“, sagte Che und bezog sich dabei auf die Aktivitäten des Bergbauunternehmens Compañía Guatemalteca de Níquel (PRONICO) in der Gemeinde El Estor (¡Fijáte! berichtete häufig darüber.).

Zu den Forderungen der Gemeindemitglieder gehört, dass die staatlichen Behörden ihre Umweltschutzmassnahmen beschleunigen und dafür sorgen, dass in den Gebieten Kontrollen durchgeführt werden. Die Gemeinden haben nämlich eigene Kontrollgänge gemacht und in jedem der untersuchten Gebiete Löcher, markierte Bäume, Lager und Industriefässer gefunden, die für die Bohrungen im Berg verwendet worden sein könnten. All dies wurde den Kongressmitgliedern als Beweismittel vorgelegt.

Obwohl die Dorfbewohner also Beweise dafür vorbrachten, dass auf dem Cerro Santa Cruz bereits Bergbauaktivitäten stattfinden, bekräftigte der UNE-Abgeordnete für Izabal, Edgardo Ramírez, in einer Veröffentlichung auf Facebook, dass es sich um illegalen Holzeinschlag handle. Dies geschah nach einer Inspektion, die von der Naturschutzabteilung (DIPRONA), dem Nationalen Rat für Schutzgebiete (CONAP) und anderen Institutionen am 9. April durchgeführt wurde. Diese Inspektion wurde einen Tag nach der Öffnung des Passes durchgeführt, der von den Gemeinden im Zuständigkeitsbereich der Gemeinde San Antonio Sejá in Besitz genommen worden war.

Sie bitten darum, das Schutzgebiet zu respektieren

Mit Entschlossenheit erklärten die Frauen, dass es keiner Umwelt- oder technischen Studien bedarf, um zu wissen, ob ein Bergbau möglich ist: „Wir fordern, dass das Schutzgebiet respektiert wird, denn für uns ist es wichtig, weil wir von der lebenswichtigen Flüssigkeit abhängen“, so die Gemeindemitglieder.

Enrique Xol, der Bürgermeister des Landkreises Livingston, versicherte seinerseits, dass er seine Bevölkerung weiterhin unterstützt und den Bergbau ablehnt, und forderte, dass die Ministerien für Umwelt, Energie und Bergbau die Bevölkerung respektieren und sich nicht über sie lustig machen.

Der Gouverneur des Departements, Carlos Tenas, und der Abgeordnete Edgardo Ramírez von der UNE forderten die Erstellung eines Fahrplans und die Einleitung einer Überprüfung, um die Bergbaulizenzen zu untersuchen und dann deren Aufhebung voranzutreiben. (Prensa Comunitaria)

Waldschützer in Guatemala nach Drohungen ermordet

Sierra de las Minas, 12. Mai - Der guatemaltekeische Umweltaktivist Marco Antonio Zuleta ist am 9. Mai im Biosphärenreservat Sierra de las Minas nahe Usumatlán, Zacapa ermordet aufgefunden worden. Er war 38 Jahre alt. Er habe zuvor Drohungen erhalten, [berichtete die Internetplattform „Soy 502“ am Sonntag](#).

Der Förster und Waldhüter war in der Region bekannt für seinen Einsatz im Umweltschutz. Er war auch Präsident des Entwicklungsrates in seinem Dorf El Chico, Usumatlán. Die lokale Umweltorganisation „Fundacion Defensores de la Naturaleza“ (Stiftung Verteidiger*innen der Natur) erklärte, Zuleta sei von Unbekannten eingeschüchtert und bedroht worden, weil er illegale Aktivitäten im Reservat Sierra de las Minas angeprangert habe. Zuleta habe sein Leben dem Schutz des Waldes in einem der wichtigsten Ökosysteme im Nordosten des Landes gewidmet.

Laut den Angehörigen von Zuleta, die sich in sozialen Netzwerken äusserten, kritisierte er illegalen Holzeinschlag und Aktivitäten bewaffneter Gruppen in der Sierra de las Minas an. Die Stiftung forderte er eine rasche Aufklärung und Bestrafung der Mörder Zuletas. (epd/taz/soy502/Webseite des Landkreises Usumatlán)

Neuer Angeklagter im Fall der Ermordung von Juan Gerardi vor 27 Jahren

Guatemala, 5. Mai - Rubén Darío Morales García wurde im April aus den USA abgeschoben und muss sich im Fall der Ermordung von Bischof Juan José Gerardi wegen des mutmasslichen Verbrechens der extralegalen Hinrichtung vor Gericht verantworten. Bischof Juan José Gerardi wurde 1998 ermordet, nur zwei Tage nachdem er den Bericht Guatemala „Nunca Más! - Recuperación de la Memoria Histórica“ (REMHI) vorgelegt hatte, in dem Verbrechen während des guatemaltekeischen Bürgerkriegs dokumentiert wurden. Morales García ist aktuell die einzige Person, gegen die ein aktiver Haftbefehl im Zusammenhang mit dem Fall vorliegt.

Die Anhörung zur Aussage von Morales García fand am 5. Mai statt.

Die Richterin Abelina Cruz entschied danach, dass gegen Morales García, ehemals Angehöriger des Geheimdienstes des Präsidialamtes (EMP), das Ermittlungs- und Gerichtsverfahren eingeleitet werden soll, da es genügende Indizien für seine Beteiligung an der extralegalen Hinrichtung des Erzbischofs Juan José Gerardi im April 1998 gebe. Zudem ordnete sie Untersuchungshaft an, da Fluchtgefahr bestehe. (Runder Tisch/Prensa Comunitaria)

Eine Blockade des Kongressgebäudes, aber wer steckt dahinter?

Guatemala, 6. Mai – Am Dienstag hielt sich eine Gruppe von Motorradfahrer*innen und verummten Personen in der Nähe des Kongresspalastes auf, um eine Plenarsitzung zu verhindern. Diese war für 14.00 Uhr angesetzt worden, nachdem das Verfassungsgericht (CC) diese nach einer Beschwerde des Oppositionsbündnisses angeordnet hat. Dabei hatte es allerdings das Oppositionsbündnis nicht geschafft, die erforderlichen Stimmen für die von ihm vorgeschlagene Tagesordnung zu erreichen.

Gegen Mittag versammelte sich die Gruppe vor dem Büro des Abgeordneten Allan Rodríguez und forderte den Vorsitzenden der VAMOS-Fraktion auf, anwesend zu sein, um ihre Forderungen entgegenzunehmen. Die Gruppe, bekleidet mit Sturmhauben und Gesichtsmasken sperrte die Avenida 8 in Zone 1 vor dem Kongress mit ihren Motorrädern ab und blockierte die Einfahrt zum Parkplatz und andere Eingänge zum Parlamentsgebäude. Sie warfen in der Nähe des Parlamentsgebäudes Wurfgeschosse ab. Obwohl die Gruppe etwa zwei Stunden lang den Kongress blockierte, ist nicht bekannt, welcher politischen Gruppe sie angehören oder welche Sympathien sie für welche Parlamentarier*innen hegen.

Ziel: Den Abgeordneten den Eintritt verwehren

Die Demonstrant*innen hinderten mehrere Abgeordnete daran, das Gebäude zu betreten, darunter auch Mynor de la Rosa von VAMOS, dem gesagt wurde, dass niemand das Parlamentsgebäude betreten oder verlassen dürfe. Auch Mitarbeiter*innen des Kongresses näherten sich der Gruppe. Dabei kam es zu Beleidigungen, aber die Nationale Zivilpolizei (PNC) griff ein, um eine Eskalation zu verhindern. Der PNC sprach mit der Gruppe, die den Kongress etwa eine Stunde lang umzingelten, dann aber den Ort, Minuten vor der vom Verfassungsgericht festgesetzten Zeit für den Beginn der Sitzung, auf ihren Motorrädern verliessen. Nachdem sich die Demonstrant*innen zurückgezogen hatten, umstellte der PNC das Parlamentsgebäude.

Darüber hinaus war eine zweite Gruppe anwesend, die behauptete, der Zivilgesellschaft anzugehören und nicht zur ersten Gruppe zu gehören. Sie protestierten gegen die Gehaltserhöhung für die Abgeordneten.

Der Abgeordnete der Partei VOS, José Chic, vertrat die Ansicht, dass es darum gehe, dass sie am Verlassen des Gebäudes gehindert werden soll, dass er aber die Position der Bürgerschaft respektiere. Gleichzeitig merkte er an, dass im Kongress Stabilität geschaffen werden sollte. Chic wusste auf Nachfrage nicht, um wen es sich bei der Gruppe handele. Man habe ihm nur gesagt, dass er den Kongresspalast nicht betreten könne.

Julio Marroquín, Abgeordneter der Nationalen Einheit der Hoffnung (UNE), sagte, die Gruppe hätte sich als Mitglieder der Universität von San Carlos de Guatemala (USAC) ausgegeben. Dies sei jedoch falsch. Er mutmasste, dass es sich um Personen gehandelt habe, die von der Regierungspartei [*SEMILLA, d. Red.*], „eingeschleust“ worden seien.

Samuel Pérez spricht über Demonstrant*innen

Auch der Abgeordnete der Regierungspartei SEMILLA, Samuel Pérez, versicherte, dass die Demonstration auf die Unzufriedenheit der guatemalteckischen Bevölkerung zurückzuführen sei. „Gestern waren die 48 Kantone von Totonicapán da, um ihre Unzufriedenheit auszudrücken, sowohl mit der skandalös hohen Gehaltserhöhung der Abgeordneten, die hier im Kongress verordnet wurde, als auch mit der Frage der Staatsanwaltschaft“, sagte er. Wie er erklärte, konnte er beobachten, dass der Slogan der Demonstrant*innen die Gehaltserhöhung betraf, die eine Unzufriedenheit der gesamten guatemalteckischen Bevölkerung ist.

Rodríguez erklärte, die Demonstrant*innen seien Mitglieder der Maras

Auch der Vorsitzende der VAMOS-Fraktion, Allan Rodríguez, versicherte, dass sie gegen das organisierte Verbrechen kämpften, das im Kongress vertreten sei. Dies werde dadurch bewiesen, dass „Gangster“ bezahlt werden würden, um die Abgeordneten zu verletzen und einzuschüchtern und um Bomben zu werfen. Ihm zufolge handelte es sich um eine Gruppe von Kriminellen, deren Gesichter mit Sturmhauben bedeckt waren, die Bomben warfen, bewaffnet waren und den Abgeordneten den Zutritt verwehren wollten. „Dennoch gelang es uns, durch einige Eingänge zu gelangen, und die meisten Abgeordneten konnten den Plenarsaal betreten, obwohl einige von ihnen offenbar Kriminelle und Banden bezahlten“, sagte er.

Die Sitzung am Dienstag

Das Oberste Gericht erliess eine einstweilige Verfügung und wies den Präsidenten des Kongresses, Nery Ramos, an, die Sitzung vom 29. April wieder aufzunehmen, in der die Abgeordneten des Oppositionsbündnisses die Tagesordnung abarbeiten wollten, in der sie unter anderem die Wahl des ersten Sekretärs des Kongresspräsidiums sowie Änderungen im Vorsitz der Arbeitsausschüsse vorschlugen. Der Antrag wurde von den Abgeordneten der Unionistischen Partei, Álvaro Arzú Escobar; von VALOR, Elmer Palencia und Carlos Enrique López Girón; von TODOS, Felipe Alejos; von NOSOTROS, Nadia de León; von ELEFANTE, Rodrigo Pellecer; von VAMOS, Allan Rodríguez; und von der UNE, José Inés Castillo, gegen den Präsidenten des Kongresses, Nery Ramos, eingereicht. Die Sitzung begann am Dienstag, doch die Opposition erreichte kein ausreichendes Quorum, um die Plenarsitzung fortzusetzen. (La Hora)

Ermittlungen gegen Nelton Rivera und Quimy de Leon von Prensa Comunitaria

Guatemala / Berlin, 28. April - Am 4. April 2025 veröffentlichte ein anonymen Nutzer einen Beitrag auf X (ehemals Twitter), mit der Behauptung, dass die Staatsanwaltschaft gegen den Mitbegründer der Medienorganisation Prensa Comunitaria, den Journalisten Nelton Rivera, ermittelt. In den letzten Monaten haben die Angriffe und Verleumdungen gegen Prensa Comunitaria allgemein und insbesondere gegen Rivera und die Journalistin Quimy De León zugenommen. Zudem wurde Prensa Comunitaria fälschlicherweise vorgeworfen, Gelder der Regierung und des organisierten Verbrechens zu erhalten und sich mit Unterstützung von USAID in innere Angelegenheiten des Landes einzumischen.

Erklärung des Runden Tisches Zentralamerika zur Unterstützung der Pressefreiheit in Guatemala

Von Deutschland, Österreich und der Schweiz aus bringen 15 Organisationen des Runden Tisches für Zentralamerika unsere tiefe Besorgnis über die Zunahme von Angriffen, Drohungen und Desinformationskampagnen zum Ausdruck, die sich gegen die digitale Medienplattform Prensa Comunitaria richten.

Seit Januar 2025 haben diese Angriffe an Häufigkeit und Intensität zugenommen. Dazu gehören direkte Drohungen über soziale Medien, Verleumdungskampagnen, die von anonymen Konten und Netcentern aus verbreitet werden, sowie Äußerungen von Behörden, die das Klima der Feindseligkeit gegenüber der unabhängigen Presse noch verschärfen. Besonders besorgniserregend ist das jüngste Narrativ, das darauf abzielt, die journalistische Arbeit durch unbegründete Anschuldigungen und gefährliche Andeutungen einer Strafverfolgung zu kriminalisieren.

Als internationale Zivilgesellschaft, die sich für die Stärkung von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechten einsetzt, weisen wir erneut darauf hin, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung und die freie Ausübung des Journalismus Grundpfeiler jeder demokratischen Gesellschaft sind. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass Guatemala internationale Menschenrechtsverpflichtungen eingegangen ist, darunter den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte und die interamerikanischen Grundsätze zur Meinungsfreiheit.

Prensa Comunitaria berichtet seit 13 Jahren über die Realität in den guatemaltekischen Gemeinden und verleiht lokalen Stimmen, die systematische Gewalt und Ungerechtigkeit anprangern, Gehör. Die Arbeit von Medien wie Prensa Comunitaria ist unerlässlich, um das Recht auf Information zu gewährleisten, insbesondere in ländlichen, indigenen und historisch benachteiligten Gebieten des Landes. Ihre lokal verankerte Arbeit trägt nicht nur zu einer informierten und partizipativen Bürgerschaft bei, sondern stärkt auch das demokratische Gefüge des Landes.

Wir fordern die Achtung und den Schutz von Journalist*innen, kommunalen und unabhängigen Medien, die aufgrund ihrer Arbeit hohen Risiken ausgesetzt sind, und betonen, wie wichtig es ist, jede Form von Kriminalisierung, Stigmatisierung oder gerichtlicher Verfolgung aufgrund der legitimen Ausübung des Journalismus zu verhindern.

Der Runde Tisch für Zentralamerika bekräftigt sein Engagement für die Verteidigung der Menschenrechte, der Pressefreiheit und die Begleitung von Kommunikatoren und Journalisten, die zu gerechteren, transparenteren und demokratischeren Gesellschaften beitragen.

Berlin, 28. April 2025, Adveniat - AWO International - Heinrich-Böll-Stiftung - FIAN Deutschland - Flüchtlingshilfe Mittelamerika e. V. - Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. - Guatemala Gruppe Nürnberg e. V. - Guatemala Solidarität Österreich - Guatemalanetzwerk Bern - Romero Initiative - Lateinamerika Nachrichten - Voces de Guatemala en Berlin - Ökumenisches Büro München - Transparency International Deutschland

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion: fijate@mail.de

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle Abonnent*innen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6